

Bruno Kreisky, Betrachtungen eines Österreichers zur europäischen Integration (3. September 1972)

Legende: Zwei Monate nach der Unterzeichnung der Freihandelsabkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erläutert der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky am 3. September 1972 die besondere Stellung Österreichs im europäischen Aufbauwerk und verleiht seiner Meinung hinsichtlich der Rolle und der Verantwortung des gemeinschaftlichen Europas in der Welt Ausdruck.

Quelle: KREISKY, Bruno. Betrachtungen eines Österreichers zur europäischen Integration, Referat gehalten am 3. September 1972 vor dem Europäischen Forum Alpach. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten-Abteilung für Presse und Information, 1972. 1-15 S.

Urheberrecht: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

URL:

http://www.cvce.eu/obj/bruno_kreisky_betrachtungen_eines_osterreichers_zur_europaischen_integration_3_september_1972-de-b386c351-8949-4f5a-9729-d5bc765ee433.html

Publication date: 20/10/2012

Bruno Kreisky, *Betrachtungen eines Österreichers zur europäischen Integration* (3. September 1972)

Vor allem möchte Ich Ihnen vom Österreichischen College Alpbach sagen, wie sehr wir Ihre Tätigkeit zu würdigen wissen und wie froh wir sind, daß Herr Otto Meiden, der Initiator und Leiter während der ersten großen Jahre, wieder an die Spitze ihres Colleges getreten ist.

Das Europäische Forum Alpbach ist in einer Zeit entstanden, in der es wenig Brot gab, aber die Erkenntnis, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, war stärker ausgeprägt als sie vielleicht heute ist.

Damals, unter dem "kalten Stern der Austerity", gab es hier in Alpbach eine Überfülle an Gedanken und Ideen, sind hier in Alpbach viele interessante Gedanken zum ersten Mai geäußert worden, sind von hier viele Initiativen ausgegangen. Hier, in dieser friedlichen Atmosphäre, hat es fruchtbare Begegnungen gegeben, die neue Freundschaften begründet haben.

Und so werden Sie Verständnis dafür haben, daß ich meine heutigen Ausführungen mit der Wiedergabe einiger Gedanken einleite, die ich zum ersten Mal in Alpbach im Jahre 1955 geäußert habe.

Ich sagte damals: „Den Inhalt unserer Neutralität werden wir selbst zu bestimmen haben. Österreichs Neutralität wird von der der Schweiz und Schwedens so verschieden oder ihr so ähnlich sein, wie das geographische und geschichtliche Profil dieser beiden Staaten dem österreichischen ähnlich ist, oder von ihm abweicht. Nach seiner imperialen Variante und nach der Kleinstaat-Variante der Ersten Republik wird Österreich nun seine Neutralitätsvariante denken müssen. Kein Zweifel: die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen wird zu betreiben sein - und dies im Gegensatz zur emeritierten Neutralität der Schweiz.

Freilich warnen besorgte Stimmen schon jetzt vor den Schwierigkeiten, die sich aus den alsdann notwendigen Stellungnahmen und Stimmabgaben im Rahmen der UNO ergeben könnten. Diese Schwierigkeiten für ein militärisch neutrales Österreich zwischen Ost und West sollen keineswegs geleugnet werden. Aber Neutralität bedeutet weder Passivität noch Abstinenz...“

Und jetzt bitte ich Sie selber die Brücke zum Heute zu schlagen, da ein Österreicher, Kurt Waldheim, als Generalsekretär der Vereinten Nationen wirkt.

Und 1960 kam ich - abermals in Alpbach - auf die österreichische Neutralität in einem anderen Zusammenhang zu sprechen und führte aus:

„Die österreichische Neutralität ist eine politische Tatsache die man grundsätzlich zur Kenntnis nehmen muß. Sie ist zu einem Axiom unserer Außenpolitik geworden. Will man für die Außenpolitik des neutralen Österreichs Vertrauen erwerben - und sie braucht dieses Vertrauen von allen Seiten - so ist es meiner Ansicht nach besonders wichtig, daß wir der Versuchung widerstehen, die Substanz dieser Neutralität in irgend einer Form zu verdünnen. Dabei weiß ich so gut wie jeder andere, daß diese Neutralität uns ein gewisses Maß an weltpolitischer Isolation und ein gutes Maß an Zurückhaltung auferlegt.“

Nachdem ich dann einige Betrachtungen wiedergab, die der große Florentiner in seinem 21. Kapitel über den Prinzen zur Neutralität anstellte, meinte ich, daß wir zu versuchen hätten, uns aus dieser Isolierung in einer Weise zu lösen, „die mit dieser Neutralität vereinbart werden kann. Wir können keine Bündnisse schließen, aber wir können uns mit anderen zur Erreichung limitierter Ziele verbinden.“

Und später meinte ich denen gegenüber, die einem Alleingang Österreichs Erfolgchancen gaben - ich wiederhole, es war der ausklingende Sommer 1960, als diese Rede gehalten wurde – wörtlich:

„Die für mich wesentlichste Frage ist die: ob man sich die europäische Integration mit Großbritannien vorstellt oder ohne Großbritannien. Diese Frage scheint mir von so entscheidender Bedeutung zu sein, daß sie letzten Endes über den Erfolg unserer Bemühungen den Ausschlag geben wird.

Es bedarf vorerst einmal der verbindlichen politischen Deklaration, dass wir - die Sechs und die Sieben - einen gemeinsamen Europäischen Markt wollen. Wir müssen uns darüber zu verständigen trachten, wie wir diesen gemeinsamen Markt realisieren können.

Bedeutet dies, daß die Neutralität einiger europäischer Staaten ein Hemmnis der europäischen Integration ist? Das ist sie keineswegs. Es bedarf jedoch das Maß der Integration und ihr Inhalt einer Prüfung, bei der man sich eben von anderen Gesichtspunkten leiten lassen muß, als das bei bündnisverpflichteten Staaten der Fall ist. Daraus könnte sich gelegentlich eine gewisse Rücksichtnahme der anderen Staaten den Neutralen gegenüber ergeben. Ist es wirklich eine solche Sünde wider den Geist der europäischen Einigung, daß diese Rücksicht genommen wird...?"

Nun, diese Rücksicht ist genommen worden und hat durch die Brüsseler Verträge vom 22. Juli 1972 zur Schaffung eines Nahverhältnisses zwischen den Neutralen und der EWG in Form einer Freihandelszone geführt.

Die Geschichte der Erweiterung der europäischen Gemeinschaft, die aus der Gemeinschaft der Sechs zur Gemeinschaft der Zehn und aus der Gemeinschaft der Zehn eine Freihandelszone mit sechs anderen europäischen Staaten macht, ist noch nicht geschrieben. Aus der Retrospektive aber ergibt sich heute: daß diejenigen Recht hatten, die seinerzeit als die sogenannte große europäische Freihandelszone aller europäischen OEEC-Staaten diskutiert wurde, eine längere Phase der Konsolidierung für die EWG forderten und daß daher die negative Haftung in den Beratungen über die Bildung dieser großen Freihandelszone heute als durchaus motiviert erscheint.

Aber ebenso richtig war die Reaktion jener sieben Staaten, die außerhalb der EWG standen, sich zur EFTA zusammenzuschließen, denn nur so konnte verhindert werden, daß es parallel mit dem Integrationsprozeß der EWG-Staaten zu einem handelspolitischen Desintegrationsprozeß von unabsehbaren Konsequenzen gekommen ist.

Für Österreich im besonderen, und man muß das mit aller Deutlichkeit noch einmal feststellen, war die Entscheidung der damaligen Koalitionsregierung, der EFTA beizutreten, eine im höchsten Maße segensreiche.

Die österreichischen Exporte in die EFTA-Länder betragen im Jahre 1959 - dem Jahr vor der Unterzeichnung des EFTA-Vertrages am 4. Jänner 1960 - 2,9 Milliarden Schilling und 1971 21,0 Milliarden Schilling, das entsprach einem Anstieg des EFTA-Anteils an der österreichischen Ausfuhr von damals 11,6% auf mehr als 28%. 1959 importierte Österreich aus dem EFTA-Bereich Waren im Wert von 3,5 Milliarden Schilling. 1971 waren es 19,9 Milliarden Schilling, gegenüber dem EWG-Bereich stiegen in der gleichen Zeit die österreichischen Importe von 17 Milliarden Schilling auf 58,4 Milliarden Schilling an. Diese Entwicklung ließ den Anteil österreichischer Importe aus EWG-Staaten von 57,2 % auf 55,9% absinken und den analogen EFTA-Anteil von 11,7% auf 19,6% stark ansteigen. Die Exporte in die EWG allerdings fielen von 49,3% im Jahre 1959 auf 38,7% im Jahre 1971.

Diese wenigen Angaben beweisen, daß die Zugehörigkeit Österreichs zur EFTA von großer Bedeutung für den Aufstieg unserer Exportwirtschaft gewesen ist, sie sind aber auch der Grund dafür, daß in Zukunft die EFTA mit jenen Staaten weiterbestehen muß, die jeder für sich in uns ähnlicher Weise ihr Nahverhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in diesen Tagen begründet haben. Es sind dies Schweden, die Schweiz, Finnland, Portugal und Island. Österreich hat in diese Länder einen Export von 17,2% oder 13,6 Milliarden Schilling und einen Import von 11,2%, das sind 11,7 Milliarden Schilling.

Im Laufe der zehnjährigen Bemühungen zu einem Brückenschlag zwischen EWG und EFTA zu gelangen, schien es manchmal, wie wenn der point of no return in den Verhandlungen gekommen wäre. Ich habe im Juli 1961, im Chatham-House in London vor manchen Illusionen gewarnt, und gemeint: „...daß Frankreich in Beantwortung eines britischen Vorfühlens...mit einer gewiß freundlichen, aber doch deutlichen Zurückhaltung reagiert“ habe.

Auch bei uns gab es 1963 Auffassungen, wonach ein Alleingang Österreichs Aussicht auf Erfolg hätte, wozu man auf Grund von Äußerungen damals führender Funktionäre der EWG kam. So meinte einer von ihnen, daß in absehbarer Zeit ein Vertrag zustande kommen könne, wenn Österreich als Sonderfall behandelt würde. Im wesentlichen meinte er, daß sich eine Lösung nach zwei Prinzipien werden finden lassen - nach dem einer Zollunion oder eine Freihandelszone. Nach der Auffassung dieses sehr maßgebenden EWG-Funktionärs lehnte die EWG das Prinzip der Freihandelszone ab. Ähnliche Illusionen auf eine Separatlösung für Österreich gab es auch nach 1966.

Man schien zu übersehen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zwar eine primär wirtschaftliche Institution ist, daß aber dieser point of no return in den Verhandlungen niemals ein verhandlungstechnisches Datum sein konnte, sondern nur ein ausschließlich politisches.

Es bedürfte der Verständigung zwischen Frankreich und England einerseits, Frankreich und den EWG-Staaten andererseits. Für Österreich mußte also eine Lösung gefunden werden, die sich mit seiner Neutralitätspolitik vereinbaren ließ. Ich lehne es prinzipiell ab - als einer der sehr genau und aus eigener Erfahrung die Motive der sowjetischen Regierung kennt, die seinerzeit für den Abschluß des Staatsvertrages maßgebend waren, zuzulassen, daß diese Umstände aus einem mit der sogenannten Staatsräson begründeten Opportunismus heraus verdrängt werden.

Die Gründe, die seinerzeit die Wiedererlangung unserer staatlichen Unabhängigkeit und Selbständigkeit und unsere uneingeschränkte Befreiung ermöglichten, sie sind auch heute von beträchtlicher politischer Relevanz.

Österreich hat seinen Staatsvertrag deshalb bekommen, weil es durch seine erklärte Bereitschaft zur immerwährenden Neutralität seine qualifizierte Unabhängigkeit eindeutig fixierte. Es mußte daher auch bei der Beurteilung eines zu suchenden Nahverhältnisses zur EWG einerseits, auf diese qualifizierte Unabhängigkeit Bedacht genommen werden, andererseits aber auch darauf, daß diese Neutralität seinerzeit im Moskauer Memorandum - dessen Bedeutung für den Staatsvertrag nicht unterschätzt werden darf - folgende Definition gefunden hat:

Punkt I,D) „...wird die österreichische Bundesregierung eine Deklaration in einer Form abgeben, die Österreich die internationale Verpflichtung auferlegt, sich ständig an eine solche Neutralität zu halten, wie sie die Schweiz wahr.“

Es ergab sich daraus für die österreichische Außenpolitik die selbstverständliche Aufgabe, gerade in der Frage eines Nahverhältnisses zur EWG, eine sehr enge theoretische und praktische Zusammenarbeit mit der Schweiz und mit Schweden zu etablieren. Später gesellte sich zu dieser Gruppe auch Finnland.

Für die Einstellung des einzelnen Österreicher aber zur Frage der europäischen Integration gilt mindestens das, was bezüglich des einzelnen Österreicher zur Neutralität anlässlich der Beschlußfassung über das Neutralitätsgesetz gesagt wurde, daß durch sie in keiner Weise die Grund- und Freiheitsrechte der Staatsbürger beschränkt werden.

„Die Neutralität verpflichtet den Staat, nicht aber den einzelnen Staatsbürger. Die geistige und politische Freiheit des Einzelnen, insbesondere die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung wird durch die dauernde Neutralität eines Staates nicht berührt.“

Der Spielraum, in Fragen der europäischen Integration mitzureden, ist also für den Österreicher der gleiche wie für andere Europäer. Ich möchte davon Gebrauch machen, wobei ich mich natürlich hier nicht der Formel bedienen kann, die mir niemand abnehmen würde, daß bei allem, was ich sage, davon abzusehen wäre, daß ich gegenwärtig der Vorsitzende der österreichischen Bundesregierung bin. Ich sage das, was ich sage, auch im Bewußtsein dieser Verantwortung.

Ehe ich mich aber hier Fragen globalerer Natur zuwende, möchte ich der besonderen Situation Erwähnung tun, in der sich in diesen Wochen und Monaten die österreichische Wirtschaft befindet. Durch die

Erweiterung der EWG wird es zu einer europäischen Gemeinschaft von früher 185 Millionen auf heute 257 Millionen Einwohner kommen.

Durch die in Brüssel abgeschlossenen Verträge, die ein Arrangement zwischen der EWG und den Rest-EFTA-Staaten begründeten, wird es - wenn man von der Übergangszeit absieht, die ja im wesentlichen nur bis zum 1. Juli 1977 dauern wird, werden die Zölle zwischen den alten und neuen EWG-Mitgliedstaaten und den gegenwärtigen EFTA-Staaten abgebaut - einen großen gemeinsamen Markt von nahezu 300 Millionen geben.

Der Prozeß der Zollbeseitigung beginnt am 1. April 1973 bekanntlich für alle, für Österreich infolge des Interimsabkommens schon am 1. Oktober 1972. Das nun zustandegekommene Arrangement mit der EWG birgt ohne Zweifel große Entwicklungsmöglichkeiten für die österreichische Wirtschaft in sich aber auch beträchtliche Schwierigkeiten. Die Verträge sind kompliziert, vor allem was die Ursprungsregelungen betrifft.

Ungefähr gleichzeitig damit wird die Mehrwertsteuer eingeführt, die ohne Zweifel im höchsten Maße EWG-konform ist. Beides aber wird die österreichische Wirtschaft vor große Probleme stellen, sie wird also in den nächsten Monaten schwere Belastungsproben zu bewältigen haben.

Was die verstaatlichte Industrie betrifft, so vollzieht sich im Hinblick darauf beschleunigt ein Konzentrationsprozeß. Die erste Phase wird die Schaffung eines großen, umfassenden Eisen- und Stahlkonzerns bringen. Er wird unter den 300 größten Unternehmungen außerhalb der Vereinigten Staaten ungefähr den 53. Platz einnehmen und unter den europäischen ungefähr den 45.

Wir können davon ausgehen, daß dieser Konzentrationsprozeß innerhalb der verstaatlichten Industrie, der ihr durch das Gesetz aufgetragen ist, rasch weitergehen wird und noch heuer und im nächsten Jahr neue Ergebnisse zeitigen wird. Voraussichtlich wird auch innerhalb anderer Industrien und Branchen ein solcher Konzentrationsprozeß stattfinden, wird es Umstrukturierungen geben müssen und manches andere, damit die österreichische Wirtschaft die Chancen wahrnehmen kann, die sich ihr auf diesem Markt der 300 Millionen Käufer bieten.

Auf der anderen Seite aber wird es allerdings für den österreichischen Markt neue und schwierige Konkurrenz-Verhältnisse geben. Und so möchte ich mich jenen Fragen zuwenden, die weniger austrozentrisch geartet sind, wobei ich einschränkend sagen möchte, daß ich es mir erspare, den allgemeinen Sinn und die Bedeutung der europäischen Integration darzustellen, weil wohl jeder weiß, worum es geht.

Ich möchte auch alle jene Bereiche unerwähnt lassen, die bereits Gegenstand einer weitgehenden Abklärung innerhalb der EWG sind, und auch von jenen Problemen nicht sprechen, an deren Lösung bereits gearbeitet wird. Und so möchte ich also einige Betrachtungen zur Frage anstellen, inwieweit aus dem demokratischen Europa eine dritte, respektive vierte Macht in der Weltpolitik werden kann.

Ich weiß, daß das der Lieblingsgedanke vieler guter Europäer ist, und es tut mir leid, daß ich hier meine Zweifel anmelden muß. Keine Frage, wirtschaftlich gesehen könnte dieses demokratische Europa, das nun seiner Ausformung entgegengeht, eine zweite oder dritte Kraft werden. Aber es wäre verhängnisvoll, daraus politische und militärische Konsequenzen ziehen zu wollen.

Die Politik, die heute gemacht wird, kann nicht davon abstrahieren, daß wir in einer Zeit leben, in der alles mehr oder weniger vom Kräftegleichgewicht der Supermächte und ihrer Verbündeten abhängig ist.

Erst die Erkenntnis, daß es dieses Kräftegleichgewicht gibt, hat die gegenwärtige Entspannungspolitik ermöglicht, woraus durchaus der Schluß gezogen werden kann, daß die Störung dieses Gleichgewichtes unter Umständen die Phase der Entspannung wenn nicht beenden, so jedenfalls gefährden könnte.

Die Entspannungspolitik ist eine äußerst subtile Sache, man kann sie jedenfalls nicht den Militärs, sicher aber auch nicht den Politikern allein überlassen. Den Militärs deshalb nicht, weil sie sich sehr schwer von

gewissen Vorstellungen zu trennen vermögen und den Politikern nicht, weil sie sich bei Beurteilung dieser Frage gelegentlich von innenpolitischen Überlegungen leiten lassen. Die Entspannungspolitik muß ihre Verankerung im Bewußtsein der Völker finden.

Das Europa, das nun im Entstehen ist, wird für einen überschaubaren Zeitraum weder die politische Kohäsion aufweisen, noch die wirtschaftlichen und technologischen Voraussetzungen besitzen, die für eine dritte oder vierte weltpolitische Macht erforderlich wären.

Übrigens, wieviel overkill capacities wollen wir uns eigentlich auf diesem Planeten noch leisten, da doch eine genügt, um ihn zu zerstören? Es kann, so meine ich, keine realistische Entspannungspolitik geben, die isoliert von der Politik der Vereinigten Staaten betrieben wird. Es kann aber auch keine amerikanische Politik geben, die die neuen Entwicklungen in Europa ignoriert.

Um es so eindeutig wie möglich zu formulieren: wir meinen, daß eine Voraussetzung einer realistischen Entspannungspolitik ein Maximum an politischer Konvergenz zwischen den nordamerikanischen und europäischen Staaten ist. Allerdings stellt sich alsbald das Problem, daß ein solches Maximum an Konvergenz nur bei einer wirtschaftlichen Entwicklung möglich ist, die bei aller Konzentration auf die europäischen Aufgaben Bedacht nimmt auf die Zusammenarbeit mit den nordamerikanischen Demokratien.

Auch mit den anderen Staaten der Welt muß es ein wachsendes Maß an Zusammenarbeit geben - aber diese wird sich an anderen Problemen orientieren und vermutlich auch anders geregelt werden. Um es also ganz deutlich noch einmal zu sagen, die europäischen Integrationsbestrebungen müssen in steigendem Maße auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada Bedacht nehmen. Das wird umso zweckmäßiger sein, da sich doch der Abstand zwischen der Wirtschaft der Vereinigten Staaten und des demokratischen Europas zu verringern beginnt und jedenfalls die Vereinigten Staaten keine alles dominierende Stellung mehr haben.

Damit im Zusammenhang stellt sich allerdings auch ein anderes, sehr ernstes Problem. Wie immer man dem marxistisch-trotzkistischen Schriftsteller Mandel gegenüberstehen mag, richtig ist, wenn er feststellt, „daß die meisten großen wissenschaftlichen Entdeckungen, die an der Schwelle der dritten industriellen Revolution stehen (von der Freisetzung der Atomenergie, Lochkartensystem, maschineller Datenverarbeitung), nicht durch US-Forscher - wir würden sagen allein - sondern von Europäern gemacht wurden.“ Es gelangt zur Schätzung, daß beinahe 50% der „Vermehrung des US-Bruttosozialproduktes in den letzten 6 Jahren bis 1967, dem technologischen Fortschritt zuzuschreiben sei und daß sich die Vereinigten Staaten Milliarden an Dollars an Ausbildungskosten erspart haben, die für die übrige Welt einen äquivalenten Verlust darstellen.“ Soweit Mandel!

Nicht daß wir damit der Verhinderung einer intellektuellen Emigration das Wort reden wollten, es müßte aber eine vordringliche Aufgabe des sich nun formierenden Europas sein, den in seinen Staaten Ausgebildeten auch die entsprechenden Einsatzmöglichkeiten zu schaffen, wozu neben der adäquaten Honorierung der Leistung aber auch die Risikobereitschaft der Wirtschaft und des Staates gehört, die mit der Verwirklichung von Erfindungen und neuen Technologien verbunden ist.

Ich glaube, daß es zur Überwindung des „Innovation gap“ eines engen Zusammenwirkens der Industrien, der Regierungen und der europäischen Behörden bedarf.

Und so möchte ich mich einem anderen Problem zuwenden, von dem ich glaube, daß es besondere Aktualität besitzt: dem der Bekämpfung der Inflationstendenzen, wie es sie gegenwärtig in allen europäischen Staaten gibt. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten im ersten Halbjahr 1972 in den europäischen Staaten bewegte sich von rund 5% bis rund 9%.

Die Zeitung „Die Presse“ hat vor zwei Wochen eine Bildstatistik veröffentlicht, die den mit Fragezeichen versehenen Titel trug „Auf dem Weg zur Inflationsgemeinschaft“. Dazu einige Betrachtungen. Sicherlich, es muß die prioritäre Aufgabe jeglicher nationaler Politik sein, hier alle erforderlichen Maßnahmen für eine „policy of Containment“ zu treffen, denn mehr wird es kaum sein können,

Aber lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen, ohne daß ich die Verantwortung der österreichischen Bundesregierung - aus Gründen der innerpolitischen Opportunität - verringern oder gar bagatellisieren möchte, eine wirkliche Bekämpfung dieser Inflationstendenzen kann nur durch konzertierte Aktionen aller der Staaten erfolgen, die an der europäischen Integration teilnehmen. Und zwar meine ich hier alle Staaten - auch die neutralen. Damit steht im engsten Zusammenhang die internationale Währungsfrage, für die man gleichermaßen zu einer europäischen Lösung kommen müßte.

Und so möchte ich mich wieder etwas ausführlicher einem Problem zuwenden, von dem ich glaube, daß es einer Überprüfung im höchsten Maße bedarf. Dem aufmerksamen Beobachter der Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern sind die Spannungen nicht entgangen, die es hier seit langem gibt. Und sie sind durchaus nicht mit Ressentiments, die aus der Vergangenheit herrühren, zu begründen. Zuletzt haben sie sich bei der UNCTAD-Konferenz in sehr deutlicher Weise manifestiert. Und in der Tat, die Situation ist auch wenig erfreulich.

Ich erspare Ihnen, auf Einzelheiten einzugehen, etwa auf die Entwicklung des Kredit- und des Warenaustausches. Über die Haltung der Empfängerländer betroffen zu sein, daß trotz des Einsatzes beträchtlicher Mittel der Industriestaaten die Entwicklungsländer diese „Opferbereitschaft“ nicht mit entsprechender Dankbarkeit vergelten, wäre die schlechteste Art der Annäherung diesem Problem gegenüber.

Wir müssen, je eher, je besser, zur Kenntnis nehmen, daß Dankbarkeit keine politische Kategorie ist - weder in der Innenpolitik, schon gar nicht in der Außenpolitik.

Die Probleme reifen allmählich heran und das Ganze wird eine weltpolitische Frage allererster Ordnung. Ich bin mir bei allem, was ich sage, des unerfreulichen Umstandes bewußt, daß Österreich hier bei weitem nicht das tut, was es tun sollte, könnte und müßte, und daß die Schuld hierfür gleichermaßen bei den Bundesregierungen wie bei der öffentlichen Meinung liegt. Damit meine ich nicht die Massenmedien, sondern einfach den Mangel an politischem Problembewußtsein. Dabei will ich die Statistik nicht allzusehr strapazieren. Die Zahlen sagen wenig, weil etwa die ehemaligen Kolonialmächte politische Absichten und Verpflichtungen besonderer Art haben, die sich eben aus der Vergangenheit ergeben. Sie machen so ihre diesbezüglichen statistischen Angaben zu einer Wahrheit, die einer gewissen Modifikation bedarf.

Ich selber habe mich vor einiger Zeit zum Sprecher eines Gedanken gemacht, wonach die Mitgliedstaaten der OEEC innerhalb eines Fonds den Entwicklungsländern drawing rights einräumen sollen, die es ihnen erlauben, diese bei den Mitgliedstaaten der OEEC frei auszunützen.

Das wäre ein wesentlicher Beitrag, ähnlich wie das seinerzeit beim Marshall-Plan der Fall war. Gegen diesen Vorschlag wurden seitens des Generalsekretärs der OECD, van Lennep, folgende Einwände erhoben.

1. Die Fonds müßten zusätzlich sein zu den normalerweise in den Budgets der Mitgliedstaaten enthaltenen Krediten; allenfalls Auflegung von Anleihen etc. Bis jetzt war auf diesem Gebiet trotz ausführlicher Debatten in der UNCTAD keine Einigung möglich. Auch die Aussichten für eine Einigung sind nicht sehr gut.

2. Bei Beiträgen von insgesamt 1 Milliarde Dollar jährlich, durch 5 Jahre hindurch, fragt sich van Lennep, ob die gegenwärtige Struktur der OECD die verwaltungsmäßigen und technischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden, überhaupt bewältigen könnte. Die OECD würde damit nämlich sich in eine der Weltbank vergleichbare Organisation verwandeln müssen.

3. In der gegenwärtigen evolutiven Phase der EWG will van Lennep auf die Rolle hinweisen, die der IMF neben den anderen internationalen Organisationen spielen könnte, die von europäischen Ländern finanziert werden.

4. Schließlich weist van Lennep auf die gegenwärtige Unsicherheit des Weltwährungssystems, aber auch auf

die Unsicherheit in der Frage einer möglichen Verbindung zwischen Ziehungsrechten und der Entwicklungshilfe hin. Wenn es dazu käme, könnten die Mitgliedstaaten im Schoße der OECD über die zu unternehmenden Schritte beraten, wobei die OECD selbst eine Art Kontrollfunktion übernehmen könnte, damit diese Mittel der Entwicklungshilfe zweckgemäß verwendet werden.

Trotzdem insistiere ich, diese Idee nicht ad acta zu legen. Aber es gibt auch andere Überlegungen, die in der jüngsten Zeit wieder aktualisiert wurden - zuletzt in der „Neuen Zürcher Zeitung“, wo unlängst zu lesen war:

„Ein 'entwicklungspolitischer Wunschtraum', aber eben nur ein Traum, wäre der folgende: Alle Länder der Welt schaffen bis zum Jahre 1980 die tarifäre und nicht nichttarifäre Agrarprotektion völlig ab. Daraus ergäbe sich ab 1980 eine jährliche Erhöhung des Wertes der Weltagrarexporte um 15,5 Mia. Dollar, wovon etwa 11 Mia. auf die Entwicklungsländer entfallen würden. Die höheren Exporterlöse hätten einen Multiplikatoreffekt in mindestens gleicher Höhe für das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer. Diese (bewußt) spekulativen Werte ergeben sich aus einer gemeinsamen Studie der FAO und der UNCTAD, in welcher unter verschiedenen Annahmen und mit wichtigen Vorbehalten auf rein experimenteller Basis Projektionen bezüglich der Entwicklung der Märkte für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse erarbeitet worden sind.

Die genannten Zahlen lassen die Größenordnung erkennen, die das Problem der Agrarprotektion für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt hat. Ließe sich der Traum verwirklichen, so könnte das Volumen der bilateral und multilateral gewährten Entwicklungshilfe durch starke Ausweitung der Exporte der Entwicklungsländer wesentlich vermindert und damit dem Slogan ‚Handel statt Hilfe‘ zum Durchbruch verhelfen.“

Es handelt sich also hier um eine Annahme, von der der Autor selber meint, daß es nur ein entwicklungspolitischer Wunschtraum wäre, obwohl ihm im höchsten Maße Rationalität zukäme, da Steuerzahler und Konsumenten in den Ländern der EWG 1969 - also ohne die neuen Mitglieder - eine Last von 10 bis 12 Milliarden zu tragen gehabt haben, was ungefähr 2,4 bis 2,9% des Bruttovolkseinkommens entspricht.

Der Beitrag für aus öffentlichen Mitteln geleistete Entwicklungshilfe lag im Durchschnitt bei kaum mehr als 0,5%. Wir müssen dem Pearson-Bericht zustimmen, wenn er feststellt, daß dramatische Fortschritte für einen freien Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in kurzer Frist nicht erwartet werden könnten.

Und dennoch sollten wir der Frage, daß gerade die entwickelten Industrieländer mehr landwirtschaftliche Produkte produzieren, als sie selbst konsumieren können, in höherem Maße als bisher unsere Aufmerksamkeit schenken. Ich selber weiß viel zu genau, welchen Schwierigkeiten eine solche Landwirtschaftspolitik begegnen würde. Eine solche Milderung des Agrarprotektionismus könnte verbunden werden mit der gleichzeitigen Verpflichtung, die hierdurch freiwerdenden öffentlichen Mittel der Landwirtschaft für Strukturveränderungen zur Verfügung zu halten. Hier könnte möglicherweise mit dem gleichen finanziellen Einsatz auch intern größere volkswirtschaftliche Effizienz erreicht werden.

Die europäische Integration, sagten wir schon einmal, ist kein bloß wirtschaftliches Phänomen, sie ist auch ein politisches. Die EWG verfügt über parlamentarische Institutionen, an denen aber nur ihre Mitgliedstaaten teilnehmen. Es schiene mir zweckmäßig, daß es auch ein Kontaktorgan zwischen der parlamentarischen Institution der EWG und der nun zu ihr in ein Nahverhältnis tretenden Staaten gibt.

Ein solches bedarf nicht erst der Schaffung, sondern diese Aufgabe könnte im Rahmen des Europarates in Straßburg erfüllt werden. Damit erhielte der Europarat eine neue Aufgabe, für die er gut vorbereitet ist, war er doch in der Vergangenheit das einzige Forum, in dem Parlamentarier aus EWG- und EFTA-Staaten zu gemeinsamen Beratungen unter anderem über den Brückenschlag zusammentrafen.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang die Frage der Direktwahl der Abgeordneten zum Europarat aktualisiert. Ich will hier niemandem Illusionen rauben, noch weniger die Freude am Kampf für solche Ziele

nehmen. Die Idee an sich gefällt mir sehr gut, sie ist faszinierend, aber sie ist in ihrer Realisierung eben schwer vorstellbar.

Die Direktwahl solcher Abgeordneten ist doch nur dann sinnvoll, wenn sie, abgesehen von den technischen Problemen, die sich stellen, in allen Staaten nach dem gleichen Wahlsystem und Wahlrecht erfolgt. Nun gehören Wahlrechtsfragen zu den kompliziertesten und umstrittensten in jeder Demokratie. Ich glaube kaum, daß sich hier ein gemeinsamer Nenner wird finden lassen.

Anders scheint mir die Frage der Kompetenzerweiterung der europäischen parlamentarischen Gremien zu sein. Sicher stellt sich hier ein Problem der modernen Demokratie, das nach klassischen Grundsätzen jedenfalls nicht zu lösen ist.

Das Spannungsverhältnis von Exekutive und Legislative, das schon im nationalen Bereich der modernen Staaten im höchsten Maße obsolet zu werden droht. Und zwar nicht so sehr, weil die Tätigkeiten der Regierungen so schwer zu überwachen wären, sondern weil es ausgeschlossen ist in den gesetzgebenden Körperschaften auf Leute zu verzichten, die nicht in irgendeiner Weise mit der Durchführung der Gesetze, die sie machen, betraut sind.

In der europäischen Gemeinschaft wirken neben Policy making officials auch jene, die Harlan Cleveland den „future executive“ nennt, beide kennzeichnet Freude an der Verantwortung, die in dem Gefühl „der Bedeutung besteht, das sich aus der Nähe zum Zentrum des Geschehens herleitet“, wie Cleveland präzise und treffend formuliert.

Hier erwachsen der Demokratie neue Aufgaben. Sie wird sie zu lösen haben, parallel mit denen, die sich im Bereich der Innenpolitik in jüngster Zeit gebieterisch anmelden.

Der Hauptverantwortliche der Wirtschaftsabteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Bundestagsabgeordnete Georg Neemann hat vor einiger Zeit die Feststellung getroffen: „Die freien Gewerkschaften in der Gemeinschaft haben einen erheblichen Vertrauensvorschuß in die europäische Integration eingebracht. So haben sie zum Beispiel mit ihrer von vornherein positiven Einstellung zum Instrument der Freizügigkeit der Arbeitskräfte enge beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Interessen zurückgestellt, um Bausteine zum Haus für eine europäische Gesellschaft mit größerer sozialer Gerechtigkeit zu liefern.“

Er begrüßt eine Initiative der Kommission, die in jüngster Zeit eine Diskussionsgrundlage für ein Programm einer gemeinschaftlichen Sozialpolitik vorgelegt hat. „Das Programm stellt angesichts der bisherigen sozialpolitischen Abstinenz der Gemeinschaft einen wichtigen Schritt dar, um im Hinblick auf die erste Phase einer Wirtschafts- und Währungsunion Ansätze einer europäischen Sozialpolitik zu verwirklichen.“

Der Rat sollte zu keiner Zeit überhört werden, daß eine Sechser- oder Zehner-Gemeinschaft keinen Bestand hat, wenn es nicht gelingt, mit der fortschreitenden Integration eine fortschrittliche Sozial- und Gesellschaftspolitik im Gleichschritt zu verwirklichen.

In letzter Zeit hat sich gezeigt, daß nicht nur die freien Gewerkschaften, also die vorwiegend sozialdemokratisch gesinnten, eine sehr aktive Rolle innerhalb der europäischen Gemeinschaft spielen, sondern daß sich auch die Gewerkschaftsbewegungen in den romanischen Ländern, die von den kommunistischen Parteien stark beeinflusst werden, für die Mitarbeit zu interessieren beginnen. Es ist durchaus denkbar, daß sich innerhalb der erweiterten europäischen Gemeinschaft neben freien Gewerkschaften und christlichen, auch die vorwiegend von Kommunisten geführten Gewerkschaften im Interesse der in ihnen organisierten Arbeitnehmer, zu einer neuen Form der Zusammenarbeit werden finden müssen. Für eine solche gewerkschaftliche Zusammenarbeit werden neue Kategorien maßgebend sein. Möglicherweise wird das zu einem partiellen Entpolitisierungsprozeß in rein parteipolitischen Sinn führen, was keineswegs als Gesinnungslosigkeit verstanden werden kann.

Ganz im Gegenteil, die politische Gesinnung der führenden Persönlichkeiten würde sich im Widerstreit der

Meinungen noch profiliert kundtun. Es könnte sein, daß dieses Zusammenwirken im Interesse der europäischen Arbeiter- und Angestelltenschaft der Gemeinschaft zu einer Veränderung auch der innenpolitischen Landschaft in manchen Staaten führt. Sie könnte Wirkungen in der Innenpolitik verschiedener Staaten auslösen, die nachhaltiger sind, als es noch so aufregende Ereignisse in der Außenpolitik waren, da doch solche primär durch das politische Gewissen motiviert sind das bekanntlich aus Gründen, die hier nicht näher auszuführen sind, nicht immer eine lang andauernde Wirkung hat!

Die Welt findet sich eben mit Ungerechtigkeit und Brutalität, mit Krieg und kriegsähnlichen Zuständen immer wieder ab. Die Tendenz zum Absentismus ist leider meistens stärker als die zum Engagement.

Ich will meine Betrachtungen damit abschließen, daß ich nochmals unterstreichen möchte, daß ich nur einige mir besonders aktuell scheinende Fragen und diese nur in groben Strichen angedeutet habe. Ich habe mich ganz bewußt der Denk- und Ausdrucksweise des Politikers bedient, der zum Unterschied vom Gelehrten die Aufgabe hat - ohne deshalb ein terrible simplificateur werden zu müssen - eine Sprache zu sprechen, die geeignet ist Menschen leichter für seine Gedanken zu gewinnen. Denn darin besteht ja letztlich die Erfüllung seiner Aufgabe, der Inhalt der Verantwortung, die ihm aufgetragen ist.

Das ist es aber auch, was viele von uns veranlaßt, in den Menschen den Sinn für Mitverantwortung und das Bedürfnis nach Mitbestimmung für das was seine Wohlfahrt und seine Zukunft betrifft, zu wecken. Und so bleibt letztlich eine Aufgabe in besonderem Maße noch zu lösen, die der Gewinnung der Menschen für das Ziel einer umfassenden europäischen Integration, die nicht den wenigen auferlegt werden kann, die Europa „mit der Seele suchen“.

Hiefür ist ein Aktivierungsprozeß notwendig, wie überall in der Politik, der am besten so erfolgt, daß die gegensätzlichen Auffassungen nicht verhüllt, sondern deutlich sichtbar gemacht werden.

Dazu einen Beitrag zu leisten, habe ich mir heute abends vorgenommen!